

Strom- und Gassperren aktiv verhindern

Die gestiegenen Energiepreise sorgen aktuell dafür, dass sehr viele Menschen Strom- und Gasrechnungen nicht bezahlen können und ihnen deshalb Strom- und Gassperren drohen. Das ist insbesondere auch für energieintensive kleine und mittelständische Betriebe existenzgefährdend. Daran ändert auch das 3. Entlastungspaket der Bundesregierung nur wenig.

Daher beantragt DIE LINKE im Kreistag Aurich:

Antragstext:

1. Die Vertreter*innen in den Kontrollorganen der EWE setzen sich im Auftrag des Kreistages in den Organen aktiv für ein Verbot von Strom- und Gassperren ein – für Menschen, die unverschuldet hohe Nachzahlungen zu erwarten haben und ihre Rechnungen nicht bezahlen können.
2. Die Vertreter*innen der Kommune werden sich im Verwaltungsrat der Sparkasse und in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes dafür einsetzen, dass Menschen, die die explodierenden Energiepreise nicht zahlen können, eine Unterstützung erfahren können.
3. Kreistag und Verwaltung fordern öffentlich von Land und Bund die angekündigten finanziellen Unterstützungen für die Kommunen ein, die die Menschen in dieser Krise durch den Winter bringen sollen.

Begründung:

Die konkreten Folgen der Energiekrise – hervorgerufen durch die Abhängigkeit von fossilen Energiestoffen und der Profitgier von Unternehmen und der sie seit Jahren unterstützenden Teilen der Politik – sind nicht im Detail absehbar. Die Politik ist den Menschen verpflichtet, hier proaktiv tätig zu werden. Die derzeitige Bundesregierung (SPD, Grüne und FDP) und die ebenfalls uneinige Landesregierung (SPD und CDU) haben keine wirklich wirksamen Beschlüsse zur Abfederung der Krise für die Ärmsten und den Mittelstand fassen können, die zu einer dauerhaften Entlastung führen. Die EWE befindet sich in kommunaler Trägerschaft, und wir als Kreistagsabgeordnete müssen verhindern, dass es zu Strom- und Gassperren kommt.